

Einleitung

Die Erstellung des Voranschlages 2007 erfolgte auf Grund des § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (WStV) und der Haushaltsordnung für den Magistrat der Stadt Wien (MD-976-1/01).

Die gemäß § 86 Abs. 3 WStV den Organen der Bezirke zur Besorgung der ihnen übertragenen Angelegenheiten bereitzustellenden Mittel sind auf den Ansätzen 0500, Bezirksvoranschläge, und 0501, Überregionale Maßnahmen, präliminiert. Die Aufteilung der Mittel auf die Bezirke erfolgt nach den mit Verordnung des Gemeinderates vom 29. September 1997, Pr. Z. 193/97, in der geltenden Fassung festgesetzten Maßstäben. Von den Bezirken werden für die Besorgung der ihnen übertragenen Angelegenheiten eigene Voranschläge erstellt. Die von den Bezirken in Vollziehung ihrer Voranschläge angeordneten Ausgaben sind jedoch mit Jahresende in den Rechnungsabschluss der Gemeinde in die jeweiligen Ausgabenparten aufzunehmen. Im gegenständlichen Voranschlag sind diese Positionen daher nur mit einem Erinnerungswert von 1.000 EUR ausgewiesen.

Die betrieblich veranschlagten Ansätze, die in der Nachweisung der Ansatzsummen Seite 6 ff mit * gekennzeichnet sind, weisen neben den Zweckeinnahmen und –ausgaben auch die übrigen Einnahmen sowie die Leistungen für Personal, die Pensionen und sonstigen Ruhebezüge, und den diesbezüglichen Amtssachaufwand auf.

Die nicht betrieblich verrechneten Ansätze hingegen veranschlagen nur ihre Zweckeinnahmen und -ausgaben. Die übrigen Einnahmen, die Leistungen für Personal, die Pensionen und sonstigen Ruhebezüge und der anfallende Amtssachaufwand sind entsprechend der Zuordnung zu den „Geschäftsgruppen“ auf dem jeweiligen Sammelansatz der „Geschäftsgruppe“ zusammengefasst. Die für die nicht betrieblich verrechneten Ansätze ausgewiesene Gesamtsumme stellt daher nicht deren Gesamtaufwand dar.

Gegenüber dem Voranschlag 2006 ergeben sich in der Gliederung der Ansätze folgende Veränderungen:

Eröffnung der Ansätze:

2801, Förderung von Fachhochschulen und Fachhochschulstudiengängen
5006, Gesundheitsplanung
5007, Gesundheitsförderung und Strukturentwicklung
5121, Sucht- und Drogenkoordination
6104, Personalüberlassung ASFINAG

Auflassung der Ansätze:

3692, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen Wien – Bundesländer
5003, Gesundheitsplanung

Wesentliche für die Erstellung des Voranschlages 2007 bestehende bzw. zugrunde gelegte Rahmenbedingungen sind:

- die Verpflichtung Wiens, gemäß dem innerösterreichischen Stabilitätspakt 2005 einen Maastricht-relevanten Überschuss zu erreichen
- ein sich entwickelnder Konjunkturaufschwung
- die Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Integration, Pflege und Soziales
- keine Nettoneuverschuldung

In Gegenüberstellung mit dem Voranschlag 2006 sieht der Voranschlag 2007 folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	Voranschlag 2006		Voranschlag 2007
	EUR	Zusatzrahmen mit Sperre EUR	EUR
Einnahmen	9.740.220.000	60.000.000	9.938.583.000
Ausgaben	9.751.529.000	60.000.000	10.076.904.000
Abgang	11.309.000	—	138.321.000

Die Einnahmen steigen gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,0 %, die Ausgaben um rd. 3,3 %. Administrativ ergibt sich ein Abgang von rd. 138,3 Mio. EUR. Dieser Abgang wird durch geeignete Maßnahmen (Mehreinnahmen, Minderausgaben etc.) während des Verwaltungsjahres 2007 auszugleichen sein.

Mit dem vorliegenden Voranschlag 2007 wird ein „Maastricht-Ergebnis“ von rd. 197,5 Mio. EUR erreicht; die oben genannten Maßnahmen für einen Haushaltsausgleich werden auch hier eine Verbesserung im Ergebnis bewirken.

Einnahmen

Die Darstellung der Einnahmen nach ökonomischen Kriterien zeigt folgende Übersicht:

	Voranschlag 2006		Zusatz- rahmen mit Sperr in EUR	Voranschlag 2007	
	Gesamt			Gesamt	
	in EUR	%		in EUR	%
Eigene Steuern	915.718.000	9,4		962.742.000	9,7
Ertragsanteile an den gemeinschaft- lichen Bundesabgaben	3.157.500.000	32,4		3.305.150.000	33,3
Gebühren	469.982.000	4,8		541.597.000	5,4
Einnahmen aus Leistungen	527.097.000	5,4		517.871.000	5,2
Kostensätze der Wiener Stadtwerke	704.061.000	7,2		717.198.000	7,2
Beiträge des Bundes für den Lehrerpersonalaufwand	580.346.000	6,0		595.336.000	6,0
Sonstige laufende Transferzahlungen					
von Trägern des öffentlichen Rechts	1.538.170.000	15,8		1.589.544.000	16,0
Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	235.348.000	2,4		224.311.000	2,3
Fremdmittelaufnahmen	443.219.000	4,6		365.613.000	3,7
<u>Sonstige Einnahmen</u>	<u>1.168.779.000</u>	<u>12,0</u>	<u>60.000.000</u>	<u>1.119.221.000</u>	<u>11,2</u>
S u m m e	9.740.220.000	100,0	60.000.000	9.938.583.000	100,0

Der Anteil der eigenen Steuern an den Gesamteinnahmen steigt gegenüber dem Vorjahr nominell um rd. 47,0 Mio. EUR. Prozentuell um 0,3 % auf 9,7%.

Die präliminierten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einschließlich des Anteiles an der Spielbankabgabe werden nicht zuletzt im Hinblick auf die prognostizierten Wirtschaftswachstumsdaten um 147,7 Mio. EUR höher angesetzt und steigen auf 3.305,2 Mio. EUR, das sind rd. 33,3% der Gesamteinnahmen (im Vorjahr: rd. 32,4 %).

Die Einnahmen aus Gebühren steigen um rd. 71,6 Mio. EUR auf rd. 541,6 Mio. EUR. Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen steigt um rd. 0,6 % auf 5,4 %. Im Einzelnen entfallen auf:

	Mio. EUR
Wassergebühren	145,0
Abwassergebühren	187,4
Müllbeseitigungsgebühren	209,2

Bei den Einnahmen aus Leistungen ergibt sich ein Einnahmerückgang von rd. 9,2 Mio. EUR auf rd. 517,9 Mio. EUR. Dieser Rückgang ist vornehmlich dadurch bedingt, dass die ASFINAG mit ihren Tochtergesellschaften seit 1.5.2006 den Bau, die bauliche, betriebliche sowie elektromaschinelle Erhaltung und die Verwaltung der Bundesstraßen selbst durchführt und daher die entsprechenden Einnahmen und Ausgaben nicht mehr von der Stadt Wien veranschlagt werden. Für Verwaltungsleistungen des Magistrats werden von den ausgelagerten Bereichen (u.a. Wiener Wohnen und der Wiener Krankenanstaltenverbund) rd. 138,0 Mio. EUR aufzuwenden sein. Es entfallen auf:

	Mio. EUR
Leistungserlöse des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes	16,5
Leistungserlöse der Kindertagesheime	26,3
Leistungserlöse sozialpädagogischer Einrichtungen	15,6
Leistungserlöse der Friedhöfe	28,0
Leistungserlöse der elektronischen Datenverarbeitung	62,6
Leistungserlöse der Müllbeseitigung	39,0
Leistungserlöse der Bäder	8,5
Leistungserlöse des Rechnungsamtes	32,8
Leistungserlöse des Bau- und Gebäudemanagements	5,6
Sonstige Leistungserlöse	22,6
Nebenerlöse	31,7
Verwaltungskostensätze für Leistungen des Magistrates	138,0
Kostensätze im Rahmen der Errichtung, Erhaltung und Verwaltung der Amtsgebäude	39,1
Kostensätze im Rahmen der Sozialhilfe	11,0
Kostensätze im Rahmen der Straßenreinigung	6,4
Sonstige Erlöse und Ersätze	34,2

Die Kostenersätze der Wiener Stadtwerke erreichen 717,2 Mio. EUR und setzen sich wie folgt zusammen:

	Mio. EUR
Kostenersatz Aktiv-Personalaufwand der Wiener Stadtwerke	544,1
Kostenersatz Pensionsaufwand der Wiener Stadtwerke (ohne Wiener Linien)	<u>129,9</u>
	674,0
Pensionsbeiträge der Wiener Linien	<u>43,2</u>
	717,2

Die Beiträge des Bundes für den Lehrpersonalaufwand steigen nominell um rd. 15,0 Mio. EUR auf rd. 595,3 Mio. EUR, ihr Anteil bleibt mit 6,0 % gleich hoch wie im Vorjahr.

Die laufenden Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts steigen nominell um rd. 51,4 Mio. EUR auf rd. 1.589,5 Mio. EUR und erreichen rd. 16,0 % der Gesamteinnahmen (Vorjahr rd. 15,8 %). Dieser Anstieg ergibt sich insbesondere aus einer Erhöhung der Transferzahlungen resultierend aus der Valorisierung beim laufenden Zuschuss aus dem allgemeinen Haushalt an die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund (als bloße Durchläuferposition – Ausgabe auf Ansatz 5591 und Einnahme auf Ansatz 8591) sowie aus den Zweckzuschüssen für die Krankenanstaltenfinanzierung und der Bedarfszuweisung gem. § 21 FAG. Im Wesentlichen stellen sich die laufenden Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts wie folgt dar:

	Mio. EUR
Zweckzuschüsse Wohnbauförderung und Wohnhaussanierung	460,0
Zweckzuschüsse Krankenanstaltenfinanzierung	176,0
Bedarfszuweisungen gemäß § 21 FAG	218,5
Laufender Zuschuss aus dem allgemeinen Haushalt an die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund	570,0
Zuschüsse nach dem Gesundheits- und Sozialbereich – Beihilfengesetz (GSBG)	4,0
Zuweisungen für den Personennahverkehr	77,0
Zuweisung aus Energiesteuer	19,0
Zuweisung zur Stärkung der Finanzkraft	17,0
Sonstige	48,0

Die Einnahmen aus Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts, die im Vorjahr rd. 235,3 Mio. EUR betragen haben, sinken um rd. 11,0 Mio. EUR und erreichen rd. 224,3 Mio. EUR, das sind rd. 2,3 % der Gesamteinnahmen. Folgende Beiträge bzw. Zuschüsse werden geleistet:

	Mio. EUR
Beitrag des Bundes für den U-Bahn-Bau	169,0
Zuschuss zur Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten	4,5
Zuschüsse nach dem Altlastensanierungsgesetz	5,9
Beitrag des Bundes für die Hauptstraßen B	39,4
Sonstige	5,5

Die Fremdmittelaufnahmen korrespondieren mit der Tilgungsquote. Nominell ergibt sich im Vergleich mit dem Vorjahr eine Reduktion um rd. 77,6 Mio. EUR auf rd. 365,6 Mio. EUR.

Folgende Fremdmittelaufnahmen sind vorgesehen:

	Mio. EUR
Begebung von Auslandsanleihen	353,2
Darlehen für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft	8,8
Darlehen der österreichischen Kommunalkredit AG	3,6

Bei den sonstigen Einnahmen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um rd. 49,6 Mio. EUR auf rd. 1.119,2 Mio. EUR. Der Anteil an den Gesamteinnahmen sinkt um rd. 0,7 % auf rd. 11,3 %.

In der Gesamtsumme von rd. 1.119,2 Mio. EUR sind folgende größere Beträge enthalten:

	Mio. EUR
Liegenschaftsverkauf und -tausch.....	18,4
Einnahmen aus Veräußerungen	7,0
Einnahmen aus der Verzinsung von Einlagen und Guthaben	45,1
Einnahmen aus der Verzinsung von Darlehen und Wertpapieren.....	49,5
Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung	43,8
Abgaben- und Verwaltungsstrafen	53,8
Pensionsbeiträge – Magistrat	147,0
Pensionsbeiträge – Wiener Krankenanstaltenverbund und Wiener Wohnen.....	223,7
Pensionsbeiträge – Landeslehrer.....	41,2
Entnahmen aus Rücklagen	54,4
Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen und Bezugsvorschüssen	134,8
Investitionszuschuss aus dem allgemeinen Haushalt für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund (Durchlaufposition)	169,0
Einnahmen aus der Rückstellung noch nicht abgerechneter Leistungen aus Vorperioden	7,9
Abwicklung Soll – Überschüsse Vorjahre.....	4,0
Einnahmen aus der Getränkesteuer (Abrechnung von Fällen aus Vorperioden)	17,8
Kostensätze für die Überlassung von Bediensteten an Dritte	56,0
Verschiedene Einnahmen	45,8

Ausgaben

Eine Gliederung der Gesamtausgaben nach den wichtigsten ökonomischen Ausgabegruppen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Voranschlag 2006			Voranschlag 2007	
	Gesamt		Zusatz- rahmen mit Sperr in EUR	Gesamt	
	in EUR	%		in EUR	%
Leistungen für das aktive Personal:					
Magistrat.....	1.240.855.000	12,7	2.130.000	1.281.035.000	12,7
Landeslehrer	466.640.000	4,8		481.786.000	4,8
Wiener Stadtwerke	535.633.000	5,5		544.182.000	5,4
Pensionen und sonstige Ruhebezüge ..					
Magistrat.....	578.492.000	5,9		614.539.000	6,1
Landeslehrer	179.740.000	1,8		179.768.000	1,8
Wiener Stadtwerke	291.680.000	3,0		302.925.000	3,0
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand					
	1.174.455.000	12,0	25.549.000	1.229.761.000	12,2
Laufende Transferzahlungen	3.391.764.000	34,9	11.216.000	3.476.570.000	34,5
Schuldendienst.....	510.731.000	5,2		424.182.000	4,2
Investitionen, Darlehen zur Investitions- förderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen					
	1.352.926.000	13,9	21.105.000	1.513.611.000	15,0
Sonstige Ausgaben	28.613.000	0,3		28.545.000	0,3
S u m m e	9.751.529.000	100,0	60.000.000	10.076.904.000	100,0

Bei den Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstigen Ruhebezüge des Magistrats ist bei einem Vergleich mit dem Vorjahr ein Anstieg von rd. 76,2 Mio. EUR zu verzeichnen. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben beträgt 18,8 % (Vorjahr: rd. 18,6 %).

Die Aufwendungen für die Landeslehrer (die fast zur Gänze ersetzt werden) steigen nominell um rd. 15,2 Mio. EUR auf rd. 661,6 Mio. EUR und erreichen wie im Vorjahr rd. 6,6 % der Gesamtausgaben.

Für das Personal der Wiener Stadtwerke einschließlich des Pensionsaufwandes ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein nomineller Anstieg um rd. 19,8 Mio. EUR auf rd. 847,1 Mio. EUR, das sind rd. 8,4 % der Gesamtausgaben (Vorjahr rd. 8,5 %).

Die Anzahl der vollen Bezüge beträgt 69.003. In dieser Zahl sind auch 29.545 Dienstposten der Unternehmungen gemäß § 71 WStV und 10.721 Planstellen für Landeslehrer enthalten. Der Dienstpostenplan des Magistrats umfasst somit nach Vorsorge für neue Services und Leistungen der Stadtverwaltung 58.282 Stellen, in denen auch 700 volle Bezüge für die Sonderaktion für begünstigte Behinderte beinhaltet sind.

Die Ausgabengruppe der Ge- und Verbrauchsgüter und des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes, die sich aus einer Vielzahl von Positionen ergibt, steigt im Vergleich mit dem Voranschlag 2006 von rd. 1.174,5 Mio. EUR auf rd. 1.229,8 Mio. EUR. Der Anteil an den Gesamtausgaben beträgt rd. 12,2 % (Vorjahr rd. 12,0%).

Auf die einzelnen größeren Positionen entfallen folgende Beträge:

	in Mio. EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	16,9
Lebensmittel.....	26,0
Transporte	29,7
Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge.....	17,9
Post- und Telekommunikationsdienste.....	18,3
Energiebezüge	40,2
Instandhaltung.....	127,1
Mieten.....	64,3
Öffentliche Abgaben	56,6
Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen	17,9
Leistungsentgelte – Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	171,0
Leistungsentgelte – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	41,3
Leistungsentgelte – Soziales	117,9
Leistungsentgelte – Gesundheit	18,5
Leistungsentgelte – Dienstleistungen	142,7
Sonstige Leistungsentgelte.....	48,0
Bezirksmittel.....	151,3
Verstärkungsmittel	30,0
Sonstige Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand...	94,2

Bei den laufenden Transferzahlungen mit rd. 3.476,6 Mio. EUR ergibt sich ein Anstieg um rd. 84,8 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen sie rd. 34,6 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 34,9 %).

Es entfallen unter anderem auf:

	in Mio. EUR
Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.....	115,0
Kunst, Kultur, Kultus	156,2
Soziales	251,6
Wohnbauförderung	222,2
Gesundheit	875,6
Fremdenverkehrsförderung	15,1
Wirtschaftsförderung.....	35,6
Betriebskostenzuschuss und Abgeltungen	
an den Wiener Krankenanstaltenverbund	933,5
Betriebskostenzuschuss Wiener Linien.....	244,5
Aufwandsabgeltung Wiener Museen.....	16,2
Dotation Fonds Soziales Wien	496,3
Aufwandsabdeckung Konservatorium Wien.....	16,1
Sonstige laufende Transferzahlungen.....	98,7

Die Aufwendungen für den Schuldendienst, der im Vorjahr noch rd. 510,7 Mio. EUR betragen hatte, sinkt im Voranschlag 2007 auf 424,2 Mio. EUR, das sind anteilmäßig an den Gesamtausgaben rd. 4,2 % (Vorjahr rd. 5,2 %). Auf die Tilgung entfallen rd. 378,5 Mio. EUR und auf die Verzinsung rd. 45,7 Mio. EUR.

Im Rahmen der Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers, Wertpapiere und Beteiligungen ergibt sich im Vergleich mit dem Vorjahr ein Anstieg um rd. 160,7 Mio. EUR auf rd. 1.513,6 Mio. EUR, sie erreichen damit rd. 15,0 % der Gesamtausgaben (Vorjahr rd. 13,9 %). Im Detail entfallen auf:

	in Mio. EUR
Investitionen (Sachanlagen und aktivierungsfähige Rechte)	165,1
Darlehen zur Investitionsförderung.....	340,1
Kapitaltransferzahlungen.....	1.008,0
Wertpapiere und Beteiligungen	0,4

Auf die wichtigsten Positionen dieser Aufwendungen wird im Rahmen der einzelnen Ausgabengruppen hingewiesen, eine detaillierte Aufstellung über die Sachinvestitionen enthält der Ausweis auf Seite 199.

In engem Zusammenhang mit den Investitionen stehen die Ausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe. Nachfolgende Aufstellung gibt eine Übersicht über die in diesem Bereich anfallenden Beträge:

	<u>in Mio. EUR</u>
Bauliche Investitionen.....	126,9
Bauliche Instandhaltung	102,2
Baukostenbeiträge.....	976,3
Förderung Wohnbau und Wohnhaussanierung	
(ohne kommunalen Wohnbau)	343,4
Sonstige Aufwendungen	<u>0,8</u>
S u m m e	1.549,6

Die sonstigen Ausgaben mit einem Anteil von rd. 0,3 % an den Gesamtausgaben bleiben mit rd. 28,5 Mio. EUR etwa gleich hoch wie im Vorjahr und enthalten im Wesentlichen die Bezüge der Organe bzw. präliminierte Zuführungen an Rücklagen.

Im Folgenden werden die Ausgaben der einzelnen Gruppen des ordentlichen Voranschlags dargestellt:

**Gruppe 0
Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung**

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal:		
Magistrat	374.441.000	385.661.000
Wiener Stadtwerke	535.633.000	544.182.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge:		
Magistrat	437.608.000	455.012.000
Wiener Stadtwerke	291.680.000	302.925.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand		
Betriebsaufwand	355.846.000	401.160.000
Laufende Transferzahlungen	41.462.000	56.481.000
Schuldendienst	232.000	168.000
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen	42.310.000	39.931.000
Sonstige Ausgaben	28.099.000	28.313.000
S u m m e	2.107.311.000	2.213.833.000

Die Ausgaben der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, steigen gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 106,5 Mio. EUR auf rd. 2.213,8 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 22,0 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 21,6 %).

Für die Vertretung der Stadt (Ansatz 0001) sind einschließlich der Pensionen und sonstigen Ruhebezüge rd. 47,6 Mio. EUR, auf den Sammelansätzen der Geschäftsgruppen (Ansätze 0260 bis 0268) für den Personalaufwand der Aktivbediensteten rd. 306,7 Mio. EUR bzw. für den Pensionsaufwand rd. 52,4 Mio. EUR und für deren Sachaufwand rd. 140,0 Mio. EUR vorgesehen. Auf dem Ansatz 0800 - Pensionen, werden für die Unternehmungen „Wiener Wohnen“ und „Wiener Krankenanstaltenverbund“ rd. 217 Mio. EUR Pensionsaufwand und für Dienstgeberbeiträge Magistrat rd. 146,9 Mio. EUR verrechnet. Die Aufwendungen der Wiener Stadtwerke für das Aktivpersonal (Ansatz 0115) erfordern einen Betrag von rd. 544,2 Mio. EUR bzw. für Pensionen und Ruhebezüge (Ansatz 0805) rd. 302,9 Mio. EUR.

Für die Aufgaben der ADV im Rahmen des Hoheitsbereiches (Ansatz 0162) sind rd. 50,7 Mio. EUR präliminiert, davon rd. 4,8 Mio. EUR für die Anschaffung von EDV-Anlagen, rd. 6,4 Mio. EUR für die Instandhaltung und rd. 1,7 Mio. EUR für die Miete von EDV-Geräten. Für den Unternehmerbereich der automatischen Datenverarbeitung (Ansatz 0161) stehen rd. 11,0 Mio. EUR zur Verfügung. Davon sind rd. 1,9 Mio. EUR für den Ankauf und rd. 0,5 Mio. EUR für die Miete von EDV-Anlagen bestimmt, rd. 1,4 Mio. EUR sind für die Instandhaltung und rd. 4,0 Mio. EUR für Personal- und Pensionsaufwendungen vorgesehen.

Der Ansatz 0293 mit der Bezeichnung Amtsgebäude – Errichtung, Erhaltung und Verwaltung ist mit rd. 42,1 Mio. EUR dotiert. Davon sind unter anderem rd. 8,9 Mio. EUR für die Instandhaltung der Amtsgebäude, rd. 10,8 Mio. EUR für Neu- bzw. Umbauten und rd. 16,1 Mio. EUR für Mietzinse zur Unterbringung städtischer Dienststellen vorgesehen. Auf dem Ansatz 0294, Bau- und Gebäudemanagement, sind rd. 55 Mio. EUR vorgesehen, wovon rd. 40,8 Mio. EUR auf Leistungen für Personal, rd. 7,2 Mio. EUR auf Pensionen und rd. 7,0 Mio. EUR auf den Sachaufwand entfallen.

Darüber hinaus sind in dieser Ausgabengruppe für den Ansatz 0150 - Information und Öffentlichkeitsarbeit rd. 33,8 Mio. EUR, für den Ansatz 0251 - Fremdenrechtliche Angelegenheiten rd. 0,7 Mio. EUR, für organisatorische Maßnahmen (Ansatz 0109) rd. 5 Mio. EUR, für die Stadtentwicklung, Stadtplanung (Ansatz 0311) rd. 6,3 Mio. EUR veranschlagt und für die Gebietsbetreuungen in Stadterneuerungsgebieten (Ansatz 0313) 7,3 Mio. EUR vorgesehen. Der Aufwand für Beiträge an Verbände, Vereine und sonstige Organisationen sowie für sonstige Subventionen (Ansätze 0600 und 0610) beträgt rd. 44,0 Mio. EUR. Den Bezirksvorstehern stehen zur Besorgung ihrer Geschäfte (Ansatz 0702) rd. 1,1 Mio. EUR zur Verfügung. Des Weiteren wurden für Städtekontakte und Partnerschaften (Ansatz 0631) rd. 0,8 Mio. EUR und bei den Beiträgen für Internationale Einrichtungen (Ansatz 0690) rd. 8,0 Mio. EUR präliminiert. Weitere rd. 1,7 Mio. EUR sind für Bezugsvorschüsse (Ansatz 0900), rd. 4,2 Mio. EUR für die Verwaltungsakademie (Ansatz 0911) und rd. 7,1 Mio. EUR für sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Personalbetreuung (Ansatz 0990) bestimmt. Der Ansatz 0210 - Statistisches Amt der Stadt Wien erreicht rd. 0,2 Mio. EUR. Für die Agenden des Wahlamtes (Ansatz 0240) werden insgesamt rd. 0,3 Mio. EUR zur Verfügung gestellt und die EU-Förderungsprogramme (Ansatz 0108) erfordern rd. 2,6 Mio. EUR.

Den Bezirken stehen zur Besorgung der ihnen übertragenen Angelegenheiten im Rahmen der „Dezentralisierung“ rd. 151,3 Mio. EUR (Ansatz 0500) zur Verfügung. Des Weiteren sind in diesem Zusammenhang für Überregionale Maßnahmen (Ansatz 0501) rd. 5,5 Mio. EUR vorgesehen.

Gruppe 1
Öffentliche Ordnung und Sicherheit

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal.....	87.614.000	88.979.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge.....	14.150.000	16.046.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand.....	12.681.000	12.783.000
Laufende Transferzahlungen.....	1.000	1.000
Schuldendienst.....	—	—
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen.....	6.880.000	9.575.000
<u>Sonstige Ausgaben.....</u>	<u>1.000</u>	<u>1.000</u>
S u m m e.....	121.327.000	127.385.000

Die Ausgaben der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, steigen gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 6,1 Mio. EUR auf rd. 127,4 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe (wie im Vorjahr) rd. 1,3 % der Gesamtausgaben. Für Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen (Ansatz 1312) sind rd. 0,5 Mio. EUR, für die Lebensmitteluntersuchungsanstalt (Ansatz 1301) rd. 4,0 Mio. EUR, für das Veterinäramt (Ansatz 1330) rd. 4,9 Mio. EUR, für den Zivilschutz (Ansatz 1800) rd. 0,7 Mio. EUR und für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz (Ansatz 1620) rd. 117,2 Mio. EUR vorgesehen. Im Rahmen der Feuerwehr sind für den Personalaufwand (einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge) rd. 88,7 Mio. EUR angemeldet. Von den Investitionen im Gesamtbetrag von rd. 9,1 Mio. EUR entfallen unter anderem rd. 3,8 Mio. EUR auf die Sanierung und den Ausbau von Feuerwachen, rd. 4,4 Mio. EUR auf die Anschaffung von Fahrzeugen und rd. 0,6 Mio. EUR auf Herstellungen von Sonderanlagen. Auf die Instandhaltung entfallen rd. 2,2 Mio. EUR.

Gruppe 2
Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal:		
Magistrat.....	255.382.000	266.228.000
Landeslehrer.....	466.640.000	481.786.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge:		
Magistrat.....	41.406.000	47.375.000
Landeslehrer.....	179.740.000	179.768.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand.....	150.413.000	150.585.000
Laufende Transferzahlungen.....	106.009.000	114.955.000
Schuldendienst.....	—	—
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen.....	18.317.000	30.181.000
<u>Sonstige Ausgaben.....</u>	<u>2.000</u>	<u>2.000</u>
S u m m e.....	1.217.909.000	1.270.880.000

Die Ausgaben der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, steigen gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 53,0 Mio. EUR auf rd. 1.270,9 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 12,6 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 12,5 %).

Der größte finanzielle Anteil in dieser Gruppe entfällt auf den Bereich Schulwesen. In der nachstehenden Tabelle werden die Einnahmen und Ausgaben der Schulverwaltung dargestellt:

	EUR
Ersätze des Bundes für den Lehrpersonalaufwand	595.336.000
Pensionsbeiträge und sonstige Beiträge zum Lehrpersonalaufwand	44.625.000
<u>Sonstige Einnahmen</u>	<u>25.426.000</u>
Summe der Einnahmen	665.387.000
Leistungen für das Personal:	
Magistrat	60.208.000
Landeslehrer	481.786.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge:	
Magistrat	10.720.000
Landeslehrer	179.768.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	
Laufende Transferzahlungen	81.596.000
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen	9.404.000
<u>Sonstige Ausgaben</u>	<u>1.000</u>
Summe der Ausgaben	839.040.000

Im Rahmen der allgemein bildenden Pflichtschulen (Ansatz 2101), für die unter Abzug der Personal- und Pensionsaufwendungen 85,7 Mio. EUR erforderlich sind, entfallen unter anderem 10,5 Mio. EUR auf Errichtung und Instandhaltung (ohne Bezirksmittel) und rd. 75,2 Mio. EUR auf Betriebsmittel.

Bei den berufsbildenden Pflichtschulen (Ansatz 2201), für deren Sachaufwand 9,4 Mio. EUR dotiert sind, entfallen unter anderem 0,8 Mio. EUR auf Einrichtung bzw. Lehrmittel. Weitere rd. 3,0 Mio. EUR werden für die Instandhaltung aufgewendet.

Für das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei (Ansatz 2270) sind Gesamtaufwendungen von rd. 2,8 Mio. EUR und für die Fachschulen (Ansatz 2210) rd. 5,4 Mio. EUR angesetzt.

Für Sportangelegenheiten, die ebenfalls in dieser Gruppe enthalten sind, werden insgesamt rd. 44,1 Mio. EUR zur Verfügung stehen.

Auf die einzelnen Ansätze 2020, 2620, 2630, 2660 und 2690 entfallen:

	in EUR
Sportamt (inkl. Personalaufwand).....	6.816.000
Sportplätze	19.646.000
Turn- und Sporthallen	8.517.000
Wintersportanlagen.....	198.000
Sportförderung	8.923.000

Von den auf Sportangelegenheiten entfallenden Investitionen im Ausmaß von rd. 11,9 Mio. EUR sind unter anderem rd. 10,9 Mio. EUR für Sportplätze (Ansatz 2620), rd. 0,5 Mio. EUR für die Einrichtung von Turn- und Sporthallen (Ansatz 2630) und ebenfalls rd. 0,5 Mio. EUR für diverse bauliche Herstellungen in letzteren vorgesehen.

Im Rahmen der Sportförderung (Ansatz 2690), für die insgesamt rd. 8,9 Mio. EUR dotiert werden, sind unter anderem rd. 4,4 Mio. EUR für die Anmietung von Sportanlagen bestimmt.

Der Aufwand für Kindertagesheime (Ansatz 2400) ist mit rd. 256,2 Mio. EUR veranschlagt. Auf den Personalaufwand (einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge) entfallen rd. 217,2 Mio. EUR und auf den Sachaufwand (ohne Instandhaltung der Bezirke) rd. 39,0 Mio. EUR, wovon unter anderem rd. 4,8 Mio. EUR auf die Betriebsausstattung inkl. geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, 15,5 Mio. EUR auf Lebensmittel und rd. 9,0 Mio. EUR auf Mieten bzw. Mietzinsvorauszahlungen entfallen.

Auf dem Ansatz 2401 - Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen, werden rd. 74,3 Mio. EUR für die Gewährung von Zuschüssen bzw. Zuschlägen an gemeinnützige Organisationen und Vereine bzw. für die Führung von Tagespflegestellen bereitgestellt.

Ferner stehen in dieser Aufwandsgruppe rd. 21,9 Mio. EUR für die Volksbildung (Ansatz 2720), rd. 15,6 Mio. EUR für die Büchereien (Ansatz 2730), rd. 1,7 Mio. EUR für die Landesbildstelle (Ansatz 2300), rd. 3,5 Mio. EUR für die Modeschule (Ansatz 2290), rd. 2,7 Mio. EUR für die Förderung von Fachhochschulen und Fachhochschulstudiengängen (neu eröffneter Ansatz 2801) und rd. 5,8 Mio. EUR für die Förderung von Forschung und Wissenschaft (Ansatz 2891) zur Verfügung.

**Gruppe 3
Kunst, Kultur und Kultus**

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal.....	25.323.000	26.120.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge.....	4.159.000	4.613.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	5.243.000	5.054.000
Laufende Transferzahlungen.....	177.859.000	188.491.000
Schuldendienst	—	—
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen.....	13.916.000	17.635.000
<u>Sonstige Ausgaben.....</u>	<u>4.000</u>	<u>4.000</u>
S u m m e.....	226.504.000	241.917.000

Die Ausgaben der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, steigen gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 15,4 Mio. EUR auf rd. 241,9 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 2,4 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 2,3 %).

Es entfallen unter anderem rd. 17,7 Mio. EUR auf die Musiklehranstalten (Ansatz 3200), rd. 14,4 Mio. EUR auf die Musikpflege (Ansatz 3220), rd. 5,3 Mio. EUR auf die Förderung der bildenden Künste (Ansatz 3120) und rd. 78,2 Mio. EUR auf die Förderung der darstellenden Kunst (Ansatz 3240). Ferner sind rd. 9,8 Mio. EUR für die Wiener Festwochen (Ansatz 3250), rd. 5,4 Mio. EUR für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege (Ansatz 3630), rd. 1,8 Mio. EUR für die Literaturförderung (Ansatz 3300), rd. 28 Mio. EUR für die kulturelle Jugendbetreuung (Ansatz 3811), rd. 3,1 Mio. EUR für die Filmförderung (Ansatz 3710), rd. 21,5 Mio. EUR für die Förderung aus dem Ertragnis des Kulturförderungsbeitrages (Ansatz 3813) und 8,6 Mio. EUR für sonstige kulturelle Maßnahmen (Ansatz 3819) bestimmt. Für die Museen (Ansatz 3400) beträgt der seitens der Stadt Wien zu leistende Finanzierungsbeitrag für das Jahr 2007 rd. 16,7 Mio. EUR, für das Konservatorium (Ansatz 3201) rd. 16,1 Mio. EUR.

**Gruppe 4
Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung**

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal.....	67.163.000	67.856.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge.....	11.367.000	11.596.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	142.874.000	145.657.000
Laufende Transferzahlungen.....	978.777.000	970.032.000
Schuldendienst	12.000	12.000
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen.....	293.041.000	284.095.000
<u>Sonstige Ausgaben.....</u>	<u>2.000</u>	<u>2.000</u>
S u m m e.....	1.493.236.000	1.479.250.000

Die Ausgaben der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, sinken gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 14,0 Mio. EUR auf rd. 1.479,3 Mio. EUR. Dies ist auf einen Rückgang bei der Wohnbauförderung zurückzuführen. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 14,7 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 15,3 %).

Die Dotation an den Fonds Soziales Wien (Ansatz 4001) für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben beträgt rd. 496,3 Mio. EUR. Bei der allgemeinen Sozialhilfe (Ansatz 4110) beträgt der Personalaufwand (inkl. Pensionen und sonstige Ruhebezüge) rd. 14,9 Mio. EUR und der Sachaufwand rd. 232,9 Mio. EUR.

Bei den sozialpädagogischen Einrichtungen (Ansatz 4350) wird mit einer Ausgabensumme von rd. 50,3 Mio. EUR gerechnet, davon entfallen auf Investitionen und Instandhaltung und rd. 2,4 Mio. EUR. An Leistungen für das Personal und für die Pensionen und sonstigen Ruhebezüge sind rd. 39,8 Mio. EUR bereitgestellt.

Die Ausgaben, die für die Pensionistenklubs (Ansatz 4220) vorgesehen sind, erreichen rd. 9,0 Mio. EUR.

Der Aufwand im Pflegekinderwesen (Ansatz 4391) für die derzeit in Pflege der Stadt Wien stehenden Kinder wird mit rd. 50,5 Mio. EUR angenommen. Für familienfördernde Maßnahmen (Ansatz 4691) sind rd. 7,0 Mio. EUR vorgesehen.

Im Rahmen der Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten (Ansatz 4692) werden rd. 7,6 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, davon rd. 5,9 Mio. EUR für Förderungsmaßnahmen. Für Fördermaßnahmen im Bereich der Integrations- und Diversitätsangelegenheiten (Ansatz 4591) werden rd. 7,2 Mio. EUR veranschlagt.

Die Zuordnung der Ausgaben für die Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung in Höhe von rd. 520 Mio. EUR zu den entsprechenden Ansätzen (4810 – 4850) zeigt folgendes Bild:

	EUR
Ansatz 8410 - Förderung des Wohnbaues	51.314.000
Ansatz 4820 - Wohnbauförderung Neubau	290.078.000
Ansatz 4830 - Förderung der Wohnhaussanierung.....	164.018.000
Ansatz 4840 - Förderung der Althaussanierung und der Stadterneuerung ...	540.000
Ansatz 4850 - Förderung nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen	13.600.000

Gruppe 5 Gesundheit

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal	63.541.000	68.488.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	9.460.000	11.784.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	47.339.000	43.945.000
Laufende Transferzahlungen	833.678.000	875.650.000
Schuldendienst	—	—
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen	122.235.000	178.848.000
<u>Sonstige Ausgaben</u>	<u>1.000</u>	<u>1.000</u>
S u m m e	1.076.254.000	1.178.716.000

Die Ausgaben der Gruppe 5, Gesundheit, steigen gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 102,5 Mio. EUR auf rd. 1.178,7 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 11,7 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 11,0 %).

Beim Ansatz 5001 - Gesundheitswesen, ist mit Ausgaben von rd. 66,1 Mio. EUR zu rechnen. Davon entfallen auf die Leistungen für Personal sowie Pensionen und sonstige Ruhebezüge rd. 30,6 Mio. EUR und auf den Sachaufwand rd. 35,5 Mio. EUR.

Betreffend die Gesundheitsplanung wurde der Ansatz 5006 mit Mitteln in Höhe von rd. 2,3 Mio. EUR dotiert, für Gesundheitsförderung und Strukturentwicklung (Ansatz 5007) sind rd. 1,4 Mio. EUR vorgesehen.

Für die Aufgaben des Umweltschutzes (Ansatz 5010) werden rd. 6,5 Mio. EUR an Zweckaufwand zur Verfügung gestellt.

Der Ausgabenrahmen für das Institut für Umweltmedizin der Stadt Wien (Ansatz 5191) beträgt rd. 4,6 Mio. EUR. Weiters ist für die Physikalisch-technische Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin (Ansatz 5192) mit rd. 1,5 Mio. EUR vorgesorgt. Bei den Jugendzahnkliniken (Ansatz 5150) wird mit einem Aufwand von rd. 1,5 Mio. EUR gerechnet. Für Sucht- und Drogenkoordination (Ansatz 5121) werden rd. 14,3 Mio. EUR eingesetzt.

Für Maßnahmen nach dem Altlastensanierungsgesetz im Hoheitsbereich (Ansatz 5290) werden 6,5 Mio. EUR dotiert.

Im Rahmen des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes (Ansatz 5300), für den insgesamt 55,1 Mio. EUR aufgewendet werden, ist unter anderem mit rd. 42,4 Mio. EUR für den Personalaufwand inkl. Pensionen und sonstige Ruhebezüge, für diverse bauliche Maßnahmen mit rd. 2,2 Mio. EUR und für die Anschaffung von Rettungsfahrzeugen mit rd. 0,7 Mio. EUR vorgesorgt.

Der Ansatz 5591 - Zuschüsse an den Wiener Krankenanstaltenverbund, beinhaltet für den laufenden Betrieb rd. 570 Mio. EUR an Transferzahlungen bzw. für den investiven Bereich 169 Mio. EUR an Kapitaltransferzahlungen an den Einnahmenbereich des Ansatzes 8591 - Wiener Krankenanstaltenverbund.

Für die Leistungen der Stadt Wien an Krankenanstalten anderer Rechtsträger (Ansatz 5600) sind für die Deckung des Betriebsabganges derselben rd. 46,8 Mio. EUR präliminiert. Die Zinsenzuschüsse zur Errichtung und Ausgestaltung von Krankenanstalten fremder Rechtsträger (Ansatz 5610) sind mit rd. 0,6 Mio. EUR vorgesehen.

Auf dem Ansatz 5900 - Krankenanstaltenfonds, wird der anteilige Beitrag Wiens (als Land und Gemeinde inklusive der Weitergabe des Bundesanteiles) an den Wiener Gesundheitsfonds in Höhe von 230,0 Mio. EUR veranschlagt.

**Gruppe 6
Straßen- und Wasserbau, Verkehr**

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal	13.751.000	13.841.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge.....	2.175.000	2.470.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	41.339.000	31.708.000
Laufende Transferzahlungen.....	271.882.000	258.078.000
Schuldendienst	—	—
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen	541.576.000	594.732.000
<u>Sonstige Ausgaben.....</u>	<u>198.000</u>	<u>199.000</u>
S u m m e.....	870.921.000	901.028.000

Die Ausgaben der Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, steigen gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 30,1 Mio. EUR auf rd. 901,0 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe wie im Vorjahr rd. 8,9 % der Gesamtausgaben. Auf dem Ansatz 6104 wird der Personalaufwand von 84 der ASFINAG überlassenen Bediensteten der Stadt Wien verrechnet, nachdem die Verwaltung und Erhaltung von Autobahnen und Schnellstraßen im Bundesland Wien der ASFINAG übertragen wurde. Hierfür wurde ein Gesamtbetrag von rd. 4,4 Mio. EUR veranschlagt.

Der Ansatz 6103 - Hauptstraßen B, dessen Finanzierung über einen Zweckzuschuss des Bundes erfolgt, erfordert die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von rd. 41,7 Mio. EUR, davon entfallen rd. 27,3 Mio. EUR auf Investitionen, rd. 11,1 Mio. EUR auf die Instandhaltung, rd. 0,8 Mio. EUR auf Personalaufwendungen (inkl. Pensionen und sonstige Ruhebezüge) und rd. 2,5 Mio. EUR auf den Betriebsaufwand.

Für den Straßenbau (Ansatz 6121), der den gesamten Sach-, Personal- und Pensionsaufwand beinhaltet, werden rd. 23,9 Mio. EUR bereitgestellt. Für Straßenbauten, die nicht in den Aufgabenbereich der Bezirke fallen, sind darin rd. 4,9 Mio. EUR vorgesehen bzw. rd. 0,1 Mio. EUR auf die diesbezügliche Instandhaltung.

Dem Brückenbau (Ansatz 6122) stehen insgesamt rd. 7,0 Mio. EUR zur Verfügung. Davon entfallen unter anderem rd. 2,7 Mio. EUR auf die Instandhaltung von Verkehrsbauwerken und rd. 3,2 Mio. EUR auf Investitionen.

Für den Schutzwasserbau – Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen (Ansatz 6391) sind insgesamt rd. 17,1 Mio. EUR vorgesehen. Es entfallen davon rd. 4,5 Mio. EUR auf Investitionen, rd. 5,9 Mio. EUR auf die Instandhaltung und rd. 6,7 Mio. EUR auf Betriebsaufwendungen.

Im Rahmen der Verkehrsorganisation und technischen Verkehrsangelegenheiten (Ansatz 6400) sind für jene Aufgaben, die nicht den Organen der Bezirke übertragen wurden, rd. 1,8 Mio. EUR vorgesehen.

Für Vorhaben im Zuge des Ausbaus des Wiener Hafens ist auf dem Ansatz 6500, Eisenbahnen, die Vergabe eines Darlehens im Umfang von 44,9 Mio. EUR an die ÖBB präliminert. Im Rahmen der Transferzahlungen auf diesem Ansatz, ist unter anderem für die Wiener Lokalbahnen und für den Beitrag an den Verkehrsverbund (Durchtarifizierungsverlust und diverse andere kleinere Projekte) mit rd. 19,1 Mio. EUR vorgesorgt. Außerdem werden 7,0 Mio. EUR für den Ausbau des Zentralbahnhofes bereitgestellt.

Auf dem Ansatz 6501, Wiener Linien, ist der diesbezügliche finanzielle Ausgleich („Betriebskostenzuschuss“) mit rd. 244,5 Mio. EUR, der Investitionszuschuss (sonstige Kapitalzufuhr an die Wiener Stadtwerke und Anteil Wiens am U-Bahn-Bau) mit rd. 326,1 Mio. EUR und die Weitergabe des Bundeszuschusses für den U-Bahn-Bau mit 147 Mio. EUR dotiert.

**Gruppe 7
Wirtschaftsförderung**

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal	—	—
Pensionen und sonstige Ruhebezüge.....	—	—
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.434.000	8.148.000
Laufende Transferzahlungen.....	42.813.000	52.382.000
Schuldendienst	1.279.000	1.029.000
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen	89.025.000	64.679.000
<u>Sonstige Ausgaben.....</u>	<u>5.000</u>	<u>5.000</u>
S u m m e.....	136.556.000	126.243.000

Die Ausgaben der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, sinken gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 10,3 Mio. EUR auf rd. 126,2 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 1,3 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 1,4 %). Dieser Rückgang ergibt sich vor allem aus der Transferierung des Aufgabenbereiches „Fachhochschulen“ vom Ansatz 7823, Wirtschafts- und Technologieentwicklung, auf den neuen Ansatz 2801, Förderung von Fachhochschulen und Fachhochschulstudienlehrgängen, sowie bei der Förderung der Kompetenzzentren.

Der in dieser Gruppe verrechneten Fremdenverkehrsförderung (Ansätze 7711 und 7712) werden rd. 15,2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt und zwar 9,8 Mio. EUR für Förderungen aus dem Erträgnis der Ortstaxe, rd. 5,3 Mio. EUR als Beitrag an den Wiener Tourismusverband und rd. 0,1 Mio. EUR für Pachtzinse.

Auf Ansatz 7491 werden zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft 2,4 Mio. EUR bereitgestellt.

Im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsangelegenheiten (Ansatz 7821) werden für die weitere Aufschließung von Betriebsbaugebieten Mittel in der Höhe von rd. 4,4 Mio. EUR vorgesehen.

Für die Ausgaben auf dem Ansatz 7822 - Wirtschaftsförderung, werden rd. 80,8 Mio. EUR bereitgestellt. Davon entfallen u. a. auf Darlehen zur Investitionsförderung rd. 30,0 Mio. EUR, auf die Wiener Strukturverbesserungsaktion 2,0 Mio. EUR, auf Zuschüsse zur Garagenförderung rd. 2,9 Mio. EUR, auf die Wiener Geschäftsstraßenförderung rd. 1,1 Mio. EUR, auf die Nahversorgungsförderung 1,0 Mio. EUR, auf die Wiennovation Betriebliche F & E Calls 5,5 Mio. EUR, auf die Internationalisierung im Bereich der Kleinunternehmen 1,2 Mio. EUR, auf das Programm VSOE Vienna Spots of Excellence 2,8 Mio. EUR und rd. 30,2 Mio. EUR auf Beiträge zu wirtschaftspolitischen Großprojekten.

Für Wirtschafts- und Technologieentwicklung (Ansatz 7823) werden rd. 1,5 Mio. EUR und für wirtschaftliche (Notstands-)Maßnahmen (Ansatz 7880) 21,0 Mio. EUR präliminiert.

Gruppe 8 Dienstleistungen

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal	315.411.000	324.645.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	51.883.000	58.607.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	331.119.000	344.345.000
Laufende Transferzahlungen	927.252.000	947.238.000
Schuldendienst	38.986.000	39.014.000
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen	182.494.000	220.533.000
<u>Sonstige Ausgaben</u>	<u>9.000</u>	<u>10.000</u>
S u m m e	1.847.154.000	1.934.392.000

Die Ausgaben der Gruppe 8, Dienstleistungen, steigen gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 87,2 Mio. EUR auf rd. 1.934,4 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 19,2 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 18,9 %).

Für die in dieser Gruppe enthaltene Ver- und Entsorgung sind insgesamt rd. 589,9 Mio. EUR (Vorjahr: rd. 580,6 Mio. EUR) bereit gestellt.

Es entfallen im Einzelnen auf:

	Mio. EUR
Ansatz 8500 - Wasserversorgung	108,2
Ansatz 8220 - Marktbetrieb St. Marx	3,4
Ansatz 8280 - Märkte	17,9
Ansatz 8510 - Abwasserbeseitigung	172,1
Ansatz 8520 - Müllbeseitigung	203,6
Ansatz 8140 - Straßenreinigung	84,7

Im Bereich der Wasserversorgung (Ansatz 8500), der mit rd. 108,2 Mio. EUR dotiert ist, entfallen unter anderem rd. 29,2 Mio. EUR auf Personal sowie Pensionen und sonstige Ruhebezüge, rd. 17,3 Mio. EUR auf die Instandsetzung der Trinkwasseranlagen, rd. 13,0 Mio. EUR auf die sonstige Instandhaltung und rd. 9,1 Mio. EUR auf Investitionen, wobei bei letzteren rd. 7,7 Mio. EUR für die Erneuerung bzw. den Ausbau des Wasserrohnetzes aufgewendet werden.

Die Abwasserbeseitigung (Ansatz 8510) mit dotierten Ausgaben von rd. 172,1 Mio. EUR sieht für Personal- und Pensionsaufwendungen rd. 31,1 Mio. EUR, für Leistungsentgelte rd. 59,6 Mio. EUR, für die Instandhaltung rd. 4,0 Mio. EUR und für Investitionen rd. 16,0 Mio. EUR vor. Im Rahmen der Investitionen sind für Kanalneubauten bzw. Kanalausbauten rd. 14,5 Mio. EUR vorgesehen.

Für den Aufgabenbereich der Müllbeseitigung (Ansatz 8520) werden rd. 203,6 Mio. EUR bereitgestellt. Davon entfallen auf Personal- und Pensionsaufwendungen rd. 85,6 Mio. EUR, auf Leistungsentgelte für die Müllentsorgung 56,0 Mio. EUR, auf die Instandhaltung rd. 10,4 Mio. EUR und auf Investitionen rd. 2,0 Mio. EUR, davon jeweils rd. 1,0 Mio. EUR auf die Betriebsausstattung und auf die Anschaffung von Müllfahrzeugen.

Auf dem Ansatz 8591, Wiener Krankenanstaltenverbund, werden die Netto-Zuschüsse bzw. Abgeltungen an den Wiener Krankenanstaltenverbund verrechnet, wobei für das Verwaltungsjahr 2007 mit rd. 1.102,5 Mio. EUR vorgesorgt ist. Einnahmenseitig erfolgt die Dotierung auf diesem Ansatz durch die Überweisung der Zuschüsse aus dem allgemeinen Haushalt (Ansatz 5591) in Höhe von 739,0 Mio. EUR.

Für Park- und Gartenanlagen sowie Kinderspielplätze (Ansatz 8150) wurden im gegenständlichen Voranschlag rd. 63,7 Mio. EUR dotiert. Im Rahmen der öffentlichen Beleuchtung und öffentlichen Uhren (Ansatz 8160) stehen rd. 26,9 Mio. EUR zur Verfügung, wobei auf diesem Ansatz nunmehr auch die Mittel für die Verkehrslichtsignalanlagen veranschlagt werden. Für den Aufwand der Friedhöfe (Ansatz 8170) wurden rd. 32,6 Mio. EUR präliminiert, davon für die neue Abgasreinigungsanlage mit Wärmerückgewinnung rd. 1,6 Mio. EUR. Für die Stadtförste (Ansatz 8660) bzw. den Landwirtschaftsbetrieb (Ansatz 8620) wurden rd. 31,8 Mio. EUR bzw. rd. 4,8 Mio. EUR bereitgestellt und auf den zentralen Einkauf (Ansatz 8200) entfallen rd. 8,6 Mio. EUR.

Die Bäder (Ansatz 8350) erreichen einen Ausgabenrahmen von 47,8 Mio. EUR, wovon rd. 26,9 Mio. EUR auf Personal- und Pensionsaufwand bzw. rd. 20,9 Mio. EUR auf den Sachaufwand entfallen.

Für die Aufgaben der Versuchs- und Forschungsanstalt (Ansatz 8992) stehen rd. 5,1 Mio. EUR zur Verfügung.

Weitere rd. 18,2 Mio. EUR stehen in dieser Ausgabengruppe für Grundstücksangelegenheiten (Ansatz 8400) zur Verfügung, davon rd. 10,0 Mio. EUR für Grundankauf und -tausch.

Gruppe 9 Finanzwirtschaft

	Voranschlag 2006 EUR	Voranschlag 2007 EUR
Leistungen für das Personal	38.229.000	39.217.000
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	6.284.000	7.036.000
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand	84.167.000	86.376.000
Laufende Transferzahlungen	12.031.000	13.262.000
Schuldendienst	470.222.000	383.959.000
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers und Beteiligungen	43.132.000	76.402.000
Sonstige Ausgaben	292.000	8.000
S u m m e	654.357.000	603.260.000

Die Ausgaben der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sinken gegenüber dem Voranschlag 2006 um rd. 51,1 Mio. EUR auf rd. 603,3 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben dieser Gruppe rd. 6,0 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rd. 6,7 %).

Der Rückgang der Ausgaben dieser Gruppe, ist vor allem auf einen geringeren Schuldendienst für aufgenommene Fremdmittel zurückzuführen.

Um den Aufgaben des Rechnungsamtes zu entsprechen wurde einerseits der Ansatz 9006 (Rechnungsamt) mit rd. 56,7 Mio. EUR bzw. der Ansatz 9007 (SAP) mit rd. 8,7 Mio. EUR dotiert.

Für die im Geldverkehr (Ansatz 9100) bzw. bei den Wertpapieren (Ansatz 9130) anfallende Kapitalertragssteuer wurde mit rd. 11,3 Mio. EUR bzw. rd. 3,9 Mio. EUR vorgesorgt. Für die Gewährung von Darlehen (Siedlungswasserwirtschaft, Kanalanschlüsse, Betriebskredite etc.) sind auf dem Ansatz 9110 rd. 8,8 Mio. EUR vorgesehen. Bei den Beteiligungen (Ansatz 9140) ist im Voranschlag ein Betrag von rd. 46,8 Mio. EUR angesetzt.

Der Schuldendienst für die im Rahmen der Hoheitsverwaltung aufgenommenen Darlehen und Anleihen auf den Voranschlagsansätzen 9500 und 9510 beträgt rd. 383,9 Mio. EUR. Es entfallen rd. 353,2 Mio. EUR auf die Tilgung und rd. 30,7 Mio. EUR auf die Verzinsung (Gesamtschuldendienst siehe Seite 229).

Dem Voranschlag sind folgende **Ausweise** angeschlossen:

- Ausweis über die Sachinvestitionen
- Projektausweise
- Nachweis der Postensummen
- Sammelnachweis der persönlichen Ausgaben
- Nachweis über die veranschlagten Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge von und an Gebietskörperschaften
- Nachweis über die Entnahmen aus und Zuweisungen an Rücklagen
- Nachweis über den voraussichtlichen Schuldenstand am 31.12.2006
- Nachweis über den Schuldendienst
- Nachweis über die Vergütungen – Einnahmen
- Nachweis über das ständige Personal
- Nachweis über die Anzahl der Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger
- Dienstpostenplan

Nach § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien hat der Gemeinderat den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde festzustellen.

Demnach wird beantragt:

1. Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2007 wird mit Einnahmen von 9.938.583.000 EUR und Ausgaben von 10.076.904.000 EUR, daher mit einem Gebarungsabgang von 138.321.000 EUR in der gedruckten Gliederung einschließlich der Ausweise genehmigt.

2. Der Gebarungsabgang in Höhe von 138.321.000 EUR ist bis Ende des Verwaltungsjahres 2007 durch Mehreinnahmen, Minderausgaben bzw. durch weitere geeignete Maßnahmen auszugleichen.

3. Der Magistrat wird ermächtigt,

- a) für das Verwaltungsjahr 2007 bis zu einer Höhe von 500.000.000 EUR sowie als Vorsorge für künftige Bedürfnisse bis zu einer Höhe von 500.000.000 EUR Finanzschulden bei inländischen oder ausländischen Gläubigern einzugehen, wenn die Laufzeit 50 Jahre nicht übersteigt und die prozentuelle Gesamtbelastung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge nicht mehr als das Zweieinhalbfache des im Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung geltenden Basiszinssatzes der Europäischen Zentralbank beträgt, und diese Vorsorgemittel bis zum effektiven Bedarf zwischenzeitlichen Veranlagungen auch in Form von festverzinslichen Wertpapieren zuzuführen;
- b) zweckgebundene Fremdmittelaufnahmen (z.B. Siedlungswasserwirtschaft) in einer Höhe, wie sie sich aus der jeweiligen sachlichen Genehmigung und den für die Inanspruchnahme geltenden Rechtsvorschriften und Richtlinien ergibt, vorzunehmen bzw. Konvertierungen zweckgebundener Darlehen durchzuführen;
- c) zur vorübergehenden Kassenstärkung bzw. zur Zwischenfinanzierung der U-Bahn-Finanzierungsanteile der Republik Österreich kurzfristige Verpflichtungen in einem Ausmaß einzugehen, bei dem der jeweilige Stand aus solchen Verpflichtungen den Betrag von 350.000.000 EUR nicht übersteigt;
- d) bis zum Betrag von 350.000.000 EUR frei verfügbare Kassenmittel und zweckgebundene Mittel, die in absehbarer Zeit nicht zur Aufgabenerfüllung benötigt werden, zur Deckung von Liquiditätsengpässen bzw. Erfordernissen im Bereich der Hoheitsverwaltung und der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen, der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund, sowie der Wiener Stadtwerke – Wiener Linien, der Anstalt öffentlichen Rechts Museen der Stadt Wien, der Konservatorium Wien GmbH, der Sucht- und Drogenkoordination Wien gemeinnützige GmbH und des Fonds Soziales Wien heranzuziehen;
- e) Verträge abzuschließen, um Verpflichtungen aus Finanzschulden durch Hinausschieben der Fälligkeit bei sonst unveränderten Bedingungen zu prolongieren oder zu Beginn des Verwaltungsjahres bestehende Verpflichtungen aus Finanzschulden zu konvertieren, wenn die neue Laufzeit den Zeitraum von 50 Jahren und die Gesamtbelastung den in lit. a) umschriebenen Wert nicht übersteigt sowie die Höhe der zu konvertierenden Schuldverpflichtung der Höhe der neuen Schuldaufnahme entspricht; weiters um Kursabsicherungen von Fremdmittelverbindlichkeiten durch Finanztermingeschäfte durchzuführen.

4. Gebarungen, die bei Vorliegen der formalen Voraussetzungen (Zustellung einer Vorschreibung, Einlangen einer Rechnung u. dgl.) im abgelaufenen Jahr hätten angewiesen werden sollen, sind auch noch im folgenden Jahr für das vergangene Jahr zu verrechnen, wenn diese Voraussetzungen bis 15. Jänner des Folgejahres eintreten. Solche Zahlungsunterlagen müssen spätestens zu diesem Termin der Buchhaltungsabteilung übermittelt werden. Die Auslauffrist darf nicht zur Kreditausschöpfung oder zu einer Vorratswirtschaft verwendet werden.

5. Der Magistratsdirektor ist berechtigt, den Dienstpostenplan im Einvernehmen mit der amtsführenden Stadträtin für „Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal“ allfälligen Organisationsänderungen anzupassen. Die Rechte des Kontrollamtsdirektors bleiben hievon unberührt.

6. Hinsichtlich von generellen Deckungsmöglichkeiten im Voranschlag 2007 gilt in Bezug auf Ausgaben Folgendes:

- a) die Posten 760, Pensionen und sonstige Ruhebezüge, sind – mit Ausnahme der Ansätze 0805, Pensionslasten der Wiener Stadtwerke und 2080, Pensionen der Landeslehrer - durch sämtliche Ansätze des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig,
- b) innerhalb eines Ansatzes sind die Posten der Postenklasse 5, Leistungen für Personal, gegenseitig deckungsfähig,
- c) innerhalb eines Ansatzes sind die Posten der Postenunterklassen 00, Grundstücke, bis 05, Sonderanlagen, die Post 400, Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, und die Posten der Postenunterklasse 61, Instandhaltung, gegenseitig deckungsfähig,
- d) innerhalb eines Ansatzes sind die (maastrichtunwirksamen) Posten der Postenunterklassen 22, Wertpapiere des Umlaufvermögens, 24, Darlehen zur Investitionsförderung, 25, nichtinvestitionsfördernde Darlehen, 34, Investitionsdarlehen, 35, Sonstige Schuldaufnahmen, sowie die Posten 080, Beteiligungen, 085, Anlagewertpapiere und 298, Rücklagen (diese Post betreffend nur mit Zustimmung des amtsführenden Stadtrates für die Finanzverwaltung), gegenseitig deckungsfähig,
- e) innerhalb eines Ansatzes sind die Posten der Postenunterklassen 75, Laufende Transferzahlungen und 76, Laufende Transferzahlungen (mit Ausnahme der Post 760, Pensionen und sonstige Ruhebezüge), 77, Kapitaltransferzahlungen (mit Ausnahme der Post 779, Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde und der Gemeinde nd 78, Transferzahlungen an das Ausland, gegenseitig deckungsfähig,
- f) innerhalb eines Ansatzes sind alle unter lit. a bis e nicht angeführten Posten gegenseitig deckungsfähig,
- g) Minderausgaben auf den Posten der Postenklasse 5, Leistungen für Personal, sind hinsichtlich der Bedeckung von Mehrausgaben der unter lit. f fallenden Posten einseitig deckungsfähig.

7. Minderausgaben bei mehrjährigen Vorhaben (Sachkredite) der Postenunterklassen 00, Grundstücke, bis 05, Sonderanlagen, die auf einer eigenen Manualaufteilung dargestellt sind, können unter der Voraussetzung, dass die Gesamtpost Minderausgaben zumindest in der selben Höhe aufweist, mit Zustimmung des amtsführenden Stadtrates für die Finanzverwaltung, zweckgebunden einer Rücklage zugeführt werden.

8. Im Rahmen von Sponsoring können Mehrausgaben insoweit getätigt werden, als sie durch korrespondierende Mehreinnahmen bedeckt werden können.

9. Im Rahmen des Ansatzes 5591, Zuschüsse an den Wiener Krankenanstaltenverbund, sind sämtliche Ausgabeposten gegenseitig deckungsfähig. Der Magistrat wird weiters ermächtigt, auf Ansatz 5591 Mehrausgaben für Investitionszwecke des Wiener Krankenanstaltenverbundes auf Post 779, Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben, zu tätigen, sofern diese – unter Berücksichtigung der Ermächtigung des amtsführenden Stadtrates für die Finanzverwaltung durch den Antragspunkt 3. – auf Grund der Entwicklung der Einnahmen aus dem Finanzausgleich bzw. durch Entnahmen aus Rücklagen bedeckt sind.

Im Rahmen des Ansatzes 8591, Wiener Krankenanstaltenverbund, sind Mehrausgaben auf Post 775, Kapitaltransferzahlungen an Unternehmungen (ohne Kreditinstitute), durch Mehreinnahmen auf Post 879, Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde und der Gemeinde, deckungsfähig.

10. Im Rahmen der „Wirtschaftsförderung“ sind sämtliche Ausgabeposten innerhalb des Abschnittes 78, Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, gegenseitig deckungsfähig.

11. Im Rahmen der Wohnbauförderung, betreffend die Ansätze 4810 – 4850, sind zusätzlich zu den unter Pkt. 7 lit. d genannten (Maastricht-unwirksamen) Ausgabeposten auch die korrespondierenden Einnahmeposten und zwar sowohl in sich als auch gegenseitig deckungsfähig. Alle übrigen (maastrichtwirksamen) Einnahme- und Ausgabeposten sind innerhalb dieser Ansätze ebenfalls sowohl in sich als auch gegenseitig deckungsfähig. Maastrichtwirksame Mehrausgaben können nur mit Zustimmung des amtsführenden Stadtrates für die Finanzverwaltung getätigt werden. Entnahmen aus und Zuführungen zu Rücklagen sind ebenfalls nur mit Zustimmung des amtsführenden Stadtrates für die Finanzverwaltung möglich.

12. Über die in Pkt. 7 genannten generellen Deckungsmöglichkeiten hinaus sind im Rahmen der Ansätze 0161, Elektronische Datenverarbeitung – Unternehmerbereich, und 0162, Elektronische Datenverarbeitung – Hoheitsbereich, die Posten 043, Betriebsausstattung, und 070, Aktivierungsfähige Rechte, gegenseitig deckungsfähig.

13. Im Rahmen der Ansätze 9200, Landes- und Gemeindeabgaben, und 9440, Zuschüsse Katastrophenfonds, können Mehrausgaben insoweit getätigt werden, als sie durch Mehreinnahmen auf dem jeweiligen Ansatz bedeckt werden können.

14. Der Magistrat wird ermächtigt, gegenüber der EU die Mitwirkungsbereitschaft an geförderten Projekten bis zu einem für die Stadt Wien ausgabenwirksamen Volumen von 15.000.000 EUR zu erklären; die budgetäre Bedeckung hat im jeweiligen Voranschlag zu erfolgen.

15. Der amtsführende Stadtrat für die Finanzverwaltung wird unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ermächtigt, wenn es

- auf Grund der Einnahmenentwicklung oder
- im Interesse der gesamtstaatlichen Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, insbesondere zur Erreichung der für die Europäische Union maßgebenden Konvergenzkriterien

erforderlich ist,

- a) die Ermessenskredite bis zum Ausmaß von 20 Prozent zu sperren,
- b) den auf Haushaltsstelle 1/0500/729, Vorsorge für den Bezirken übertragene Aufgaben, veranschlagten Betrag bis zu 10 Prozent zu kürzen und
- c) Ausgabenkontingentierungen hinsichtlich einzelner Ansätze oder für einzelne Bereiche festzulegen.

Genehmigt in der Gemeinderatssitzung vom 21. November 2006 zu Pr.Z. 04629-2006/0001-GFW

Wien, am 21. November 2006

Der Bürgermeister:
Dr. Michael Häupl